

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 5. Juni 2013

3983. 2013/156

**Dringliches Postulat von Alan David Sangines (SP), Samuel Dubno (GLP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 17.04.2013:
Bundesverfahrenszentrum für Asylsuchende, Einflussnahme der Stadt auf das Betriebskonzept**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Alan David Sangines (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3870/2013): Der Bund möchte das Verfahrenszentrum gleich wie die Empfangszentren betreiben. Dies halten wir für nicht ganz korrekt. In den Empfangszentren herrschen z. B. Ausgangszeiten von neun Uhr morgens bis fünf Uhr abends. Das Bundesverfahrenszentrum wird etwas Neues sein und grössere Dimensionen aufweisen: Es werden rund 500 Leute untergebracht, und die Aufenthaltsdauer wird 100 bis 140 Tage betragen. Die Menschen, die sich im Verfahrenszentrum aufhalten, sollen nicht einem Generalverdacht unterstellt und mit Ausgangssperren belegt werden. Wer Probleme bereitet, wird ohnehin aus dem Bundesverfahrenszentrum weggeführt und an einem anderen Ort untergebracht. Um Konflikte zu verhindern, ist es z. B. wichtig, die Anzahl Betten pro Schlafraum zu senken und eine wohnliche Infrastruktur zu schaffen. Dadurch können auch Sicherheitskosten gesenkt werden.*

***Tamara Lauber (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion am 22. Mai 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Es ist Aufgabe des Bundes, ein entsprechendes Konzept auszuarbeiten. Persönlich bin ich nicht der Meinung, dass flexiblere und weniger restriktive Auslegungen angebracht wären.*

Weitere Wortmeldungen:

***Sven Oliver Dogwiler (SVP):** Es ist nicht zu begrüssen, dass die Stadt Hand bietet für ein temporäres Bundesverfahrensasyllzentrum. Der Bund sieht zu Recht restriktive Ausgangsbestimmungen vor: Die Vergangenheit hat leider gezeigt, dass eine Asylunterkunft oft auch mit Kriminalität verbunden ist. Ich verweise diesbezüglich auf eine stadtpolizeiliche Kontrolle in der Asylunterkunft Juch vom 23. Februar 2012, als 23 Personen wegen Widerhandlung gegen das Ausländergesetz (AuG), das Betäubungsmittelgesetz (BetmG) oder wegen Diebstahl oder Hehlerei festgenommen wurden. Leider muss man davon ausgehen, dass weit über 13 % der Asylsuchenden kriminell werden, und auch das Bundesverfahrenszentrum davon nicht verschont bleiben wird. Berücksichtigt man weiter die Nähe des Verfahrenszentrums zum Escher-Wyss-Platz und zur Langstrasse, darf einem ruhig ein flaes Gefühl im Magen entstehen. Angesichts der Erfahrungen mit Asylunterkünften ähnlicher Grösse sowie der Kriminalstatistik im Kreis 4 macht eine restriktive Ausgangspolitik mehr als nur Sinn. Abgesehen davon ist der Ort mitten in der Stadt einfach nicht der richtige.*

Samuel Dubno (GLP): Bei der Gewährung von Asyl geht es im Grundsatz eigentlich um ein urliberales Anliegen, umso mehr schockiert mich der Ablehnungsantrag vonseiten der FDP. Die Schweiz erwarb sich ihren Ruf als humanitäres Asylland im 19. Jahrhundert, als tausende Flüchtlinge – übrigens meist verfolgte Liberale aus Italien, Deutschland, Frankreich und Polen – in die Schweiz kamen. Die konservativen Mächte in Europa sahen dies nicht gern, Fürst Metternich z. B. bezeichnete die Eidgenossenschaft als gefährliches soziales und politisches Revolutionslaboratorium mit hohem Kontaminationspotenzial für die umliegenden Völker sowie als Fluchtort. Nach 1848 erwies sich die Flüchtlingsfrage als erste aussenpolitische Bewährungsprobe des jungen Bundesstaats. Verschärfungen des Asylrechts wurden damals von Kräften ausserhalb der Schweiz gefordert. Diese hat sich unter der Führung der Liberalen erfolgreich dagegen gewehrt. Die Grundlage dafür lieferte übrigens der damalige Bundespräsident Ulrich Ochsenbein, der in einem Kreisschreiben u. a. sagte: «Sollten aber, von woher immer, Flüchtlinge bewaffnet oder unbewaffnet das Gebiet der Eidgenossenschaft überschreiten, so wäre denselben in Handhabung des Asylrechts und nach dem Gesetze der Humanität ruhiger Aufenthalt zu gewähren.»

Walter Angst (AL): Ich möchte auf die grosse Problematik hinweisen, vor der die städtischen Behörden bei der Umsetzung stehen. Letzte Woche haben wir eine Antwort vom Sozialdepartement (SD) erhalten, die uns geschildert hat, welcher Raum auf diesem Gelände, wo die geschlossene Unterbringung stattfinden soll, zur Verfügung steht. Es ist die Rede von 13 000 bis 15 000 m² Bruttogeschossfläche auf einem Grundstück von 6000 m². Das bedeutet eine vier- oder fünfstöckige Containersiedlung, was eine anspruchsvolle Erschliessung mit sich bringt. Für eine Person stehen dann gerade mal noch 20 m² zur Verfügung. Nach den engen Vorgaben des Bundes ist dies nicht realisierbar. Wir begrüssen, dass der Stadtrat Druck auf den Bund ausübt, damit Flächen für Freizeit ausserhalb des Geländes zur Verfügung gestellt werden können.

Karin Weyermann (CVP): Wir sind absolut der Meinung, dass sich die Stadt ins Betriebskonzept einbringen und ihre Bedürfnisse anmelden soll. Uns stört aber, dass bereits im Postulat eine weniger restriktive Auslegung der Bestimmungen festgelegt wird. Die Anforderungen an dieses Zentrum und die Bedürfnisse der Stadt sind zuerst einmal wirklich auszulegen und zu analysieren, darauf gestützt kann anschliessend ein Betriebskonzept erarbeitet werden. Daher schlagen wir folgende Textänderung vor: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie er Einfluss auf das Betriebskonzept des geplanten Asylbundeszentrums nehmen kann.» Der Rest ist zu streichen. Nur mit dieser Textänderung würden wir dem Postulat zustimmen.

Mauro Tuena (SVP): Dieses Postulat wurde vermutlich auf Bestellung eingereicht. An der gemeinsamen Veranstaltung des Bundesamtes für Migration (BFM) und des SD offenbarten sich Differenzen zwischen Mario Gattiker (Direktor BFM) und Stadtrat Martin Waser. So kann man sich beim BFM z. B. durchaus vorstellen, das Gelände zu umzäunen, während dies für den Stadtrat nicht in Frage kommt. Die SVP ist bekanntlich klar der Meinung, dass ein Asylzentrum unter keinen Umständen an einen solchen Ort gehört. Ein offenes, lockeres Betriebskonzept wird zu Problemen führen; im

Bundesasylzentrum werden vor allem Leute sitzen, die keine Chance auf Asyl haben. Die Erfahrung aus anderen solchen Zentren lehrt, dass diese Leute versuchen werden, abzuhausen und unterzutauchen. Ich bitte den Rat, solche Ideen, wie sie dieses Postulat formuliert, fallen zu lassen. Nötig ist ein striktes Sicherheitskonzept, ein geschlossenes Zentrum und der Entzug sämtlicher Möglichkeiten, in der Anonymität unterzutauchen.

Marc Bourgeois (FDP): *In seinem Buch «On Liberty» schrieb John Stuart Mill, der einzige Grund, aus dem sich die Menschheit einzeln oder vereint in die Handlungsfreiheit eines ihrer Mitglieder einzumischen befugt ist, sei, sich selbst zu schützen. Es ist also mitnichten unliberal, sich schützen zu wollen vor nachweislich stattfindender, von Wirtschaftsflüchtlingen ausgehender Kriminalität. Der ungeradlinige Lauf der Dinge im Stil einer Salamtaktik einschliesslich die Annahme dieses Postulats durch den Stadtrat überrascht mich nicht. Es wäre aber wünschenswert, vom Stadtrat von Anfang an reinen Wein eingeschenkt zu bekommen, damit wir uns eine Meinung bilden können.*

Roger Liebi (SVP): *Die SP wird natürlich alles unternehmen, um ihre Asylpolitik durchzubringen und insbesondere auch ihre Asylorganisation (AOZ) zu alimentieren. Diese hat ja Angst vor zu wenig Aufträgen und zu wenig Asylbewerbern, wie aus ihrem Geschäftsbericht hervorgeht. Aus Geheimhaltungsgründen ist es mir leider verwehrt, aus diesem zu zitieren. Auch ich glaube, dass das Postulat bestellt wurde. Es würde mich interessieren, was Samuel Dubno (GLP) zu anderen Aussagen Ulrich Ochsenbeins sagen würde, z. B. betreffend die Neutralitätspolitik der Schweiz. Ochsenbein hat übrigens auch gesagt, das Asylrecht gelte, dürfe aber nicht missbraucht werden. Es ist kein Geheimnis, dass sehr viele Asylbewerber das Asylrecht missbrauchen. Wer diese Tatsache negiert, handelt richtiggehend unredlich. Ich bitte die SP, auf die Leute im Kreis 4, die das Bundeszentrum nicht wollen, zuzugehen.*

Christoph Spiess (SD): *Anders als 1848 oder 1940 gibt es heute weit und breit, wahrscheinlich in einem vierstelligen Kilometerbereich rund um die Schweiz herum, kein Land, aus dem man flüchten und in die Schweiz kommen müsste. Dementsprechend ist auch die Rate derjenigen Asylbewerber, die Aufnahme finden, sehr gering. Wir unterhalten einen riesigen, teuren Verwaltungs- und Betreuungsapparat – mit politischem Asyl hat dies nichts mehr zu tun. Die hier im Fokus stehenden Menschen wollen legitimerweise am hiesigen Lebensstandard teilhaben und bevorzugen deshalb ein zentral gelegenes Asylzentrum. Mein Vorwurf gilt den naiven Politikern, die glauben, es habe irgendetwas mit Humanität zu tun, wenn man die Leute genau dort unterbringt, wo sie von Anfang an hin wollen. Integration kann bei diesen Leuten nicht das Ziel sein; das einzige Ziel ist, das Verfahren möglichst schnell abzuschliessen und die Personen heimzuführen.*

Thomas Wyss (Grüne): *Normalerweise würden die Gegner eines Bundesverfahrenszentrums für Asylsuchende auf jeden Fall mitreden wollen, jetzt aber fordern sie das Gegenteil, weil sie befürchten, die Stadt könnte in die falsche Richtung mitreden. Eine Mitsprache durch die Stadt ist sinnvoll, weil diese die Lage vor Ort kennt. Die Enge des geplanten Zentrums ist eine Zumutung; die Asylbewerber sollen schliesslich anständig*

4 / 4

behandelt werden und über einen gewissen Raum verfügen können. Wir haben kein Recht, diese Leute einzusperrern. Aus den gleichen Gründen haben Matthias Probst (Grüne) und ich auch das nächste Postulat eingereicht.

Tamara Lauber (FDP): *Samuel Dubno (GLP) hat in seinem Votum keine Argumente für sein Postulat geliefert. Die FDP-Fraktion setzt sich für eine gute Asylpolitik in Zürich ein. Dazu gehört auch Verantwortung gegenüber den Anwohnerinnen und Anwohnern. Wir haben die Hoffnung, dass eine reine Bundeslösung die restriktiveren Bedingungen bringt als eine Lösung, bei welcher der Stadtrat mittut.*

Alan David Sangines (SP): *Die Textänderung nehmen wir nicht an. Mit weniger restriktiv meinen wir: weniger restriktiv als die Bundesverordnung. Der Stadtrat hat das Postulat übrigens keineswegs bestellt. Klar hat die Präsentation Differenzen ans Tageslicht geführt. Als Reaktion darauf haben wir das Postulat ausgearbeitet. Ein Zaun ist übrigens zum Schutz der Asylsuchenden gedacht und nicht zum Schutz der Aussenwelt. Das von Sven Oliver Dogwiler (SVP) erwähnte Zentrum Juchhof ist ein Nothilfezentrum und kann nicht mit einem Asylbundeszentrum verglichen werden. Es kann nicht die Mehrheit von 87 % der Asylbewerber bestraft werden, weil eine Minderheit von 13 % kriminell wird. Ausgangssperren vermögen die Kriminalität offenbar nicht zu senken. Asylmissbrauch zu Ochsenbeins Zeit bedeutete, dass die Schweiz als Aufmarschland diente; dass sich die Leute in der Schweiz bewaffneten, um in den Krieg zu gehen. Der Kontext war also ein anderer.*

Das Dringliche Postulat wird mit 73 gegen 45 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat